

PIOTR A. OWSIŃSKI

Jagiellonen-Universität in Krakau, Polen

Philologische Fakultät / Institut für Germanistik und Nordistik

ORCID: 0000-0001-7862-3345

piotr.owski@uj.edu.pl

***DIE WELLEN DER WORTE: EINE EXPLORATIVE STUDIE
ZU ÜBERSETZUNGSSTRATEGIEN
UND HERAUSFORDERUNGEN
IM INTERNATIONALEN SEEHANDELSRECHT***

***THE WAVES OF WORDS: AN EXPLORATORY STUDY
ON TRANSLATION STRATEGIES AND CHALLENGES
IN INTERNATIONAL MARITIME LAW***

The article examines the challenges and possible strategies involved in translating maritime law terminology, based on a contrastive analysis of the German provisions on maritime trade in the *Handelsgesetzbuch* and the Polish *Kodeks morski*. German legal language is characterized by high nominalization, compound nouns, and lexically encoded legal roles, which may lead to misinterpretation or unintended shifts in legal qualification if translated literally into Polish. By contrast, Polish maritime legislation tends to favor descriptive constructions, verbalization of duties, and explicit specification of legal effects. As a result, translators are often required to unpack German lexical structures and apply functional equivalence rather than literal translation.

The paper discusses typical translational challenges related to bills of lading, maritime carriage contracts, risk transfer, and shipowner liability, and outlines possible translation strategies that help maintain terminological transparency, systemic coherence, and legal effectiveness. The analysis shows that maritime law can serve as a useful “translation laboratory” for examining terminological and functional equivalence in international legal communication, with implications for cross-border commercial and legal translation, where linguistic precision directly affects legal and financial outcomes.

Keywords: maritime law, HGB Seehandel, Polish maritime law, legal translation, functional equivalence, legal risk

1. Geleitwort

Die Ozeane bedecken über 70 % der Erdoberfläche und stellen damit eine zentrale Lebens- und Handelsader unseres Planeten dar. Sie tragen nicht nur entscheidend zum interkontinentalen Güterverkehr bei und bilden die Grundlage der globalen Kommunikation über Unterseekabel, sondern liefern auch einen erheblichen Anteil der weltweiten Versorgung mit hochwertigem Eiweiß aus Fischerei und Meeresprodukten (FAO 2022; European Commission Knowledge Centre 2025). Für mehr als 3,2 Milliarden Menschen machen diese maritimen Produkte mindestens 20 % des täglichen Konsums an tierischem Eiweiß aus (FAO 2022). Gleichzeitig haben jahrzehntelange Umweltbelastungen die Meere als fragile Ökosysteme hervorgehoben. Vor diesem Hintergrund verfolgt das internationale Seerecht als Teilordnung des Völkerrechts das Ziel, ein kohärentes und nachhaltiges System für die Nutzung der Weltmeere zu etablieren. Es reguliert nicht nur die kommerzielle Nutzung der Meere, sondern schützt deren ökologische Integrität und gibt Leitlinien für Forschung, Schutzmaßnahmen und ressourcenschonende Meeresbewirtschaftung vor. Während das internationale Seerecht einen umfassenden Regelungsansatz verfolgt und die Meere als Ganzes erfasst, richtet sich das Seehandelsrecht als Teilgebiet des Privatrechts gezielt auf die besonderen rechtlichen Beziehungen zwischen privaten Rechtssubjekten. Dazu gehören Regelungen zu Schiffsbetrieb, Frachtverträgen, Konnossementen und Haftungsfragen. Gerade diese Spezialisierung macht das Seehandelsrecht zu einem besonders spannenden, aber auch anspruchsvollen Feld für linguistische und translationswissenschaftliche Analysen. Im Vergleich zu den zahlreichen Studien im Erb- und Strafrecht, wie sie beispielhaft von Owsinski und Paluch durchgeführt wurden (bspw. Owsinski/Paluch 2020, 2022a, 2022b; Paluch/Owsinski 2020), sind sprachwissenschaftliche Untersuchungen des Seehandelsrechts im polnisch-deutschen Kontext bislang deutlich seltener. Während im Erb- und Strafrecht die Terminologie weitgehend etabliert und die Übersetzbarkeit der Termini relativ eindeutig ist [z. B. dt. (der) *Erbe* ↔ poln. *spadkobierca* oder dt. *Täter* ↔ poln. *sprawca*], erfordert das Seehandelsrecht aufgrund seiner fachlichen Spezialisierung und internationalen Dimension eine wesentlich differenziertere Herangehensweise.

Das deutsche *Handelsgesetzbuch* (HGB), insbesondere Buch V „Seehandel“, ist in sprachlicher Hinsicht besonders herausfordernd. Die Rechtsnormen sind durch hohe Nominalisierung, umfangreiche Komposita und lexikalisch kodierte Rollen gekennzeichnet, was eine starke Verdichtung der rechtlichen Bedeutung bewirkt. Eine wörtliche Übersetzung ins Polnische kann leicht zu Fehlinterpretationen der Rechtsfolgen oder zu einer Verzerrung der Normfunktion führen. Das polnische *Kodeks morski* (k.m.) bevorzugt dagegen beschreibende Konstruktionen, explizite Zeitangaben für die Rechtswirkungen und eine stärker verbal orientierte Normformulierung. Übersetzer müssen daher deutsche Komposita

‚entpacken‘ und funktionale Äquivalenz herstellen, anstatt auf rein lexikalische Übertragungen zu setzen. Diese methodischen und sprachlichen Hürden erklären, warum vergleichende Analysen des Seehandelsrechts bislang weniger verbreitet sind. Schon geringe Unterschiede in der Übersetzung können unmittelbare rechtliche und finanzielle Konsequenzen nach sich ziehen, etwa beim Risikoübergang, bei der Haftungsbegrenzung des Reeders oder bei den Rechten des Konnossementinhabers. Das Seehandelsrecht lässt sich demnach als besonders ‚fruchtbares Labor‘ für die Untersuchung funktionaler Äquivalenz in der juristischen Übersetzung betrachten. Die Analyse solcher Übersetzungen bedingt eine sorgfältige Berücksichtigung der normativen Funktion der Termini, ihrer rechtlichen Wirkungen sowie der internationalen Anwendbarkeit. Die gewonnenen Erkenntnisse sind nicht nur für das Seehandelsrecht relevant, sondern liefern wertvolle Impulse für die Übersetzung anderer transnationaler und handelsrechtlicher Rechtsbereiche.

2. Abriss des historischen Hintergrunds, Zielsetzung und Forschungsansatz

Die Entwicklung des deutschen Seehandelsrechts ist eng mit der langen Tradition des deutschen Handelsrechts verbunden. Bereits im 19. Jahrhundert wurden Grundlagen für die Regelung von Handelsschiffen, Frachtverträgen und Konnossementen im Rahmen des Handelsgesetzbuches gelegt. Mit der Verabschiedung des Handelsgesetzbuches 1897¹ wurden maritime Handelsbeziehungen systematisch kodifiziert und in Buch V (Seehandel) gesondert geregelt. Dieses Dokument vereinte bestehendes Gewohnheitsrecht, kommerzielle Praxis sowie internationale Standards und schuf eine einheitliche Rechtsgrundlage für die deutsche Seefahrt. Das polnische *Kodeks morski* hingegen wurde deutlich später verfasst, als Reaktion auf die zunehmende Bedeutung des Seehandels in der modernen Republik Polen. Die heutige Fassung stammt aus dem Jahr 2001 (Dz. U. 2001 Nr. 138, poz. 1545) und bildet eine eigenständige Kodifikation des Seehandelsrechts, die Elemente des Handelsrechts, des Zivilrechts und des öffentlichen Rechts integriert. Ziel war es, ein kohärentes System für die Regelung maritimer Rechtsverhältnisse zu schaffen, das internationalen Standards entspricht und gleichzeitig die spezifischen Bedürfnisse des polnischen Seerechts abbildet.

Für die vorliegende Studie bildet das Seehandelsrecht den zentralen Untersuchungsgegenstand. Analysiert werden insbesondere die gesetzestextlichen Normen des Handelsgesetzbuches (HGB), Buch V – Seehandel, und des polni-

¹ Handelsgesetzbuch (HGB) vom 10. Mai 1897, insbesondere Buch V – Seehandel. https://de.wikisource.org/wiki/Handelsgesetzbuch._Erstes_Buch._Handelsstand#.

schen *Kodeks morski*. Dieses Korpus dient als Grundlage für eine vergleichende Analyse ausgewählter Termini technici, Satzstrukturen sowie sprachlicher Konzepte im Seehandelsrecht und ermöglicht es, die Rolle der Sprache bei der Formulierung und Funktion von Normen in beiden Rechtsordnungen zu untersuchen. Die im Beitrag diskutierten Übersetzungsstrategien beziehen sich dabei nicht auf bereits vorhandene Übersetzungen, sondern beschreiben mögliche translatorische Verfahren, die aus der kontrastiven Analyse der genannten Rechtsnormen abgeleitet werden.

Der Beitrag verfolgt das Ziel, die sprachlichen Strukturen und funktionalen Mechanismen des Seehandelsrechts im deutsch-polnischen Vergleich zu beleuchten. Im Mittelpunkt steht die These, dass Sprache als unverzichtbares Instrument der Rechtssetzung fungiert: Gesetze existieren nur in sprachlicher Form, und auch die Rekonstruktion, Interpretation und Anwendung von Normen werden sprachlich vermittelt. Wie Sacco (1991: 17-18) hervorhebt, besteht ein Rechtssystem sowohl aus verbalen als auch aus außerlingualen Elementen, wobei letztere primär die Anwendung und Umsetzung von Recht, nicht jedoch dessen Formulierung betreffen (Beispiel: *per facta concludentia*). Selbst in Rechtsordnungen, in denen Gewohnheitsrecht maßgeblich ist, erfolgt die Weitergabe von Rechtswissen überwiegend über Sprache. Daraus folgt, dass Sprache nicht nur ein Medium der Formulierung, sondern auch der Vermittlung normativer Inhalte ist (Paluch/Owsiński 2020: 38). Diese Prämisse bildet die Basis für die vorliegende Untersuchung: Im Seehandelsrecht, sowohl im deutschen HGB als auch im polnischen *Kodeks morski*, ist die präzise sprachliche Formulierung von Normen entscheidend für deren funktionale Umsetzung und für die Übersetzungsstrategien zwischen beiden Rechtsordnungen. Die vorliegende Arbeit zielt ebenfalls darauf ab, diese Funktion im Bereich des Seehandelsrechts sichtbar zu machen und die Beziehungen zwischen sprachlicher Form und normativer Funktion in beiden Rechtsordnungen vergleichend zu analysieren.

3. Sprache als Normsetzungsmedium: Ein analytischer Einstieg in das Seehandelsrecht

Sprache bildet das Fundament menschlicher Kommunikation und ist zugleich Träger kultureller und sozialer Realitäten. In Platons Dialog *Kratylos* (424/423 v. Chr.-348/347 v. Chr.), der auch den deutschen Sprachwissenschaftler Bühler (1879-1963) inspirierte, wird Sprache als Werkzeug beschrieben, durch das ein Individuum einem anderen über Dinge berichtet. Aus dieser Perspektive erfüllt Sprache drei grundlegende Funktionen: 1) die referentielle Funktion, durch die die Realität abgebildet wird, 2) die expressive Funktion, durch die Gefühle und innere Zustände ausgedrückt werden, und 3) die appellative Funktion, die den Rezipienten zu Handlungen auffordert (Bühler 1965: 24-33; Trautmann-Voigt/

Voigt 2012: 43). Für das Rechtssystem sind insbesondere die referentielle und die appellative Funktion von wesentlicher Bedeutung: Sprache dient dem Gesetzgeber primär dazu, die von ihm geschaffene Rechtsrealität zu beschreiben (und damit die außerrechtlichen Realität zu regulieren) sowie normative Botschaften an die Adressaten der Rechtsnormen zu vermitteln. Lévi-Strauss (1908-2009) (2003: 22) hebt hervor, dass Sprache zugleich ein relevanter kultureller Faktor ist: Als erlernte Fähigkeit oder Gewohnheit wird sie vom Einzelnen übernommen, als Instrument ermöglicht sie die Erkenntnis der ihn umgebenden Kultur, und als Ausdruck geordneter Bedeutungsstrukturen dient sie der Analyse kultureller Artefakte, etwa von Kunst, Religion oder Recht. Die Sprache funktioniert zudem als Leitfaden durch die ‚soziale Wirklichkeit‘. Sie strukturiert in erheblichem Maße die kognitive Erfassung sozialer Prozesse und gesellschaftlicher Probleme. Menschen existieren weder ausschließlich in einer objektiven noch in einer rein sozialen Welt, sondern bewegen sich in einem durch sprachliche Konventionen strukturierten Raum, in dem die Realität durch die sprachlichen Gebräuche der jeweiligen Gemeinschaft geformt wird. Keine zwei Sprachen sind derart vergleichbar, dass sie dieselbe soziale Realität repräsentieren könnten. Die diversen Sprachgemeinschaften leben somit in separaten, sprachlich geprägten Welten, nicht jedoch in derselben Welt, lediglich unter unterschiedlichen Bezeichnungen (Sapir 2003: 81). Diese Überlegungen verdeutlichen, dass die Sprache nicht als bloßes Abbild von Gegenständen zu verstehen ist, sondern als Reflex des mentalen und kulturellen Weltbildes der Sprecher, was in engem Zusammenhang mit Humboldts (1767-1835) (1836: 41) Konzept des Sprachgeists steht, der die kollektive Weltsicht eines Volkes organisch mit der Sprache verknüpft. Ortega y Gasset (1883-1955) (2003: 169) betont, dass die Sprache eine charakteristische Form der Welt enthält und in ihr die Sichtweisen und die kulturellen Nuancen einer Gemeinschaft beobachtet werden können. Aus dieser Perspektive entsteht ein Wort nicht als direkte Abbildung eines Objekts, sondern als Spiegel des Bildes dieses Objekts im Bewusstsein des Sprachbenutzers (Casirer 2003: 68).

Vor diesem theoretischen Hintergrund wird im folgenden Kapitel der Fokus auf das Seehandelsrecht gelegt, ein Rechtsgebiet, in dem präzise sprachliche Formulierung und terminologische Genauigkeit aufgrund internationaler Transaktionen und fachsprachlicher Komplexität von extremer Relevanz sind.

3.1. Terminologische Analyse im Seehandelsrecht

Ein gewichtiges Problem bei der kontrastiven Analyse des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB), Buch V – Seehandel, und des polnischen *Kodeks morski* besteht in den strukturellen Unterschieden zwischen der deutschen und der polnischen Fachterminologie, die sich besonders deutlich bei der Kodierung

rechtlicher Rollen, Institutionen und Rechtswirkungen in normativen Texten zeigen. Die deutsche Rechtssprache zeichnet sich durch eine hohe Produktivität von Nominalkomposita aus, d. h. durch Zusammensetzungen aus mehreren Substantiven oder substantivierten Verben, die in einem einzigen lexikalischen Ausdruck mehrere semantische Komponenten bündeln. Solche Komposita sind im HGB besonders häufig anzutreffen und tragen nicht nur lexikalische, sondern zugleich systematische Informationen über Rechtsverhältnisse und normative Funktionen. Im *Kodeks morski* werden solche Rollen und Funktionen hingegen meist durch beschreibende, syntaktisch transparente Phrasen wiedergegeben, welche die semantischen Komponenten explizit ausdrücken, anstatt sie in einem einzigen Lexem zusammenzufassen. Diese Konstruktionen sind funktional äquivalent, unterscheiden sich jedoch morphosyntaktisch deutlich vom deutschen Pendant.

Die Analyse der ausgewählten Beispiele aus dem Fünften Buch – Seehandel im HGB zeigt exemplarisch die hohe Produktivität von Nominalstrukturen im deutschen Seehandelsrecht. Auffällig ist, dass sowohl Nominalkomposita als auch nominalisierte syntaktische Konstruktionen zentrale normsetzende Funktionen erfüllen, indem sie in einem einzigen Ausdruck sowohl die Rechtsbeziehung als auch die normativen Pflichten kodieren. So kodiert beispielsweise der *Anspruch auf Ausstellung eines Konnossements* (§ 513 HGB) die Verpflichtung des Frachtführers, dem Absender auf dessen Verlangen ein Konnossement auszustellen, während das *Bord- und Übernahmekonnossement* (§ 514 HGB) unterschiedliche Momente der Dokumentenausstellung in einem einzigen Ausdruck zusammenfasst und damit die normativen Konsequenzen der jeweiligen Transportphase abbildet. *Inhalt des Konnossements* (§ 515 HGB) definiert komprimiert die erforderlichen Angaben des Frachtpapiers, wobei das Nominalkompositum durch die Präpositionalphrase den Bezug zum Dokument herstellt. Schließlich kodieren Ausdrücke wie *aus dem Konnossement Berechtigter* oder *legitimierter Besitzer des Konnossements* (§ 519 HGB) die legalen Rollen und Berechtigungen, die mit dem Konnossement verkoppelt sind, und zeigen, dass selbst nominalisierte Phrasen die systematische Normfunktion zum Vorschein bringen.

Die obigen Beispiele verdeutlichen, dass das deutsche Seehandelsrecht Nominalstrukturen nicht nur lexikalisch, sondern zugleich funktional einsetzt, um Rechte, Pflichten und normativ relevante Rollen zu kodieren. Für die Übersetzung ins Polnische bedeutet dies, dass die funktionale Entsprechung der deutschen Nominalstrukturen häufig analytische Konstruktionen erfordert, bei denen Präpositionen und substantivische Ergänzungen kombiniert werden, um die gleiche normative Funktion wiederzugeben. Während die deutschen Komposita mehrere semantische und normative Informationen in einem einzigen Ausdruck integrieren, muss im Polnischen diese Verdichtung aufgelöst werden, um die rechtliche Wirkung korrekt adäquat darzustellen. Dies ist besonders signifikant für Übersetzer, da ein zu wörtliches Übertragen der deutschen Nominalstruktur häufig zu Missverständnissen oder einer veränderten rechtlichen Qualifikation

Tabelle 1: Nominal geprägte Regelungsstrukturen im Seehandelsrecht des HGB und ihre funktionale Bedeutung

NOMINALSTRUKTUR / PHRASE	HGB	NORMATIVE FUNKTION
<i>Anspruch auf Ausstellung eines Konnossements</i>	§ 513 HGB	Kodierung der Verpflichtung des Frachtführers, das Konnossement auszustellen
<i>Bord- und Übernahmekonnossement</i>	§ 514 HGB	Kodierung der Art des Konnossements und des normativen Zeitpunkts der Ausstellung
<i>Inhalt des Konnossements</i>	§ 515 HGB	Festlegung der erforderlichen Inhalte des Konnossements
<i>aus dem Konnossement Berechtigter / legitimer Besitzer des Konnossements</i>	§ 519 HGB	Bestimmung der Berechtigten und deren Rechtsposition

führen würde. Die Kenntnis der systematischen Funktion dieser Nominalstrukturen ist daher unerlässlich, um die funktionale Äquivalenz zwischen HGB und dem *Kodeks morski* sicherzustellen.

Demgegenüber weist *Kodeks morski* eine deutlich analytischere Ausdrucksweise auf. Normative, im HGB nominal kondensierte Inhalte werden im Polnischen regelmäßig durch vollständige Satzstrukturen oder explizite verbale Prädikationen entfaltet. So entspricht dem deutschen *Anspruch auf Ausstellung eines Konnossements* die Formulierung, wonach *przewoźnik obowiązany jest wydać konosament* ‘der Frachtführer ist verpflichtet, den Konnossement auszustellen’ (Art. 129 k.m.). Dadurch wird die Verpflichtung sprachlich als Handlungspflicht des Normadressaten realisiert. Ein ähnlicher Unterschied zeigt sich bei der Differenzierung der Arten des Konnossements. Während das HGB mit den Komposita *Übernahmekonnossement* und *Bordkonnossement* (§ 514 HGB) diverse rechtlich relevante Zeitpunkte der Dokumentenausstellung terminologisch verdichtet, greift der polnische Gesetzgeber auf beschreibende Wendungen zurück, die den jeweiligen Sachverhalt explizit benennen (art. 130 k.m.). Auch die rechtlichen Wirkungen des Konnossements werden im deutschen Recht nominal abstrahiert (*Inhalt des Konnossements*, § 515 HGB), während der polnische Text dessen Beweis- und Legitimationsfunktion explizit ausformuliert (Art. 131 k.m.). Diese Unterschiede betreffen nicht lediglich stilistische Präferenzen, sondern spiegeln differente systematische Strategien der Normformulierung wider, die für die juristische Auslegung und für den Rechtsverkehr von hoher Relevanz sind.

Für die Übersetzung und terminologische Arbeit im deutsch-polnischen Seehandelsrecht ergeben sich aus diesen Beobachtungen substantielle Konsequenzen: Die nominalen Verdichtungen des deutschen Seehandelsrechts transportie-

Tabelle 2: Kontrastive Gegenüberstellung der normativen Funktionen des Konnossements im HGB und im polnischen Kodeks morski

NORMATIVE FUNKTION	HGB	KODEKS MORSKI
Anspruch auf Ausstellung eines Konnossements	<i>Anspruch auf Ausstellung eines Konnossements</i> (§ 513 HGB)	<i>obowiązek wydania konosamentu po przyjęciu ładunku</i> (Art. 129 k.m.)
Art des Konnossements	<i>Übernahmekonnossement / Bordkonnossement</i> (§ 514 HGB)	<i>konosament przyjęcia do załadowa- nia / konosament przyjęcia ładunku na statek</i> (Art. 130 k.m.)
Rechtswirkungen des Konnossements	<i>Inhalt und Beweiswirkung des Konnossements</i> (§ 515 HGB)	<i>konosament jako dowód przyjęcia ładunku i dokument legitymujący</i> (Art. 131 k.m.)
Berechtigung zur Verfügung über die Ladung	<i>legitimierter Besitzer des Konnossements</i> (§ 519 HGB)	<i>legitymowany posiadacz konosamen- tu uprawniony do odbioru ładunku</i> (Art. 144 k.m.)

ren nicht nur lexikalische Information, sondern kodieren zugleich systematische Zuordnungen von Rechten, Pflichten und Rechtsfolgen. Eine formale, wortgetreue Transponierung solcher Nominalstrukturen ins Polnische würde regelmäßig zu terminologischen Verzerrungen oder zu nicht kodexkonformen Ausdrücken führen. Vielmehr erfordert eine adäquate Übersetzungsstrategie die funktionale Rekonstruktion der jeweiligen Norm: Der Übersetzer muss die im deutschen Nominalausdruck implizit enthaltenen Handlungselemente, normativen Rollen und zeitlichen Bezüge explizieren und sie in eine syntaktische Struktur überführen, die den polnischen legislativen Formulierungspraktiken entspricht. Dabei steht nicht die formale Äquivalenz einzelner Wörter im Vordergrund, sondern die funktionale Entsprechung der rechtlichen Wirkung innerhalb des jeweiligen Rechtssystems. Gerade im Seehandelsrecht, das durch internationale Sachverhalte, intensiven Dokumentenverkehr und hohe Anforderungen an Rechtssicherheit geprägt ist, wird deutlich, dass terminologische Entscheidungen unmittelbar auf die Verständlichkeit, Auslegbarkeit und praktische Anwendbarkeit von Normen wirken. Diese strukturelle Asymmetrie führt dazu, dass Übersetzungsentscheidungen regelmäßig nicht auf der Ebene formaler Äquivalenz getroffen werden können. Stattdessen ist eine funktionale Äquivalenz anzustreben, bei der nicht die äußere sprachliche Gestalt, sondern die rechtliche Funktion des Ausdrucks im jeweiligen Normgefüge maßgeblich ist. Die Übersetzung wird damit zu einem Akt der funktionalen Rekodierung innerhalb eines anderen sprachlich-rechtlichen Systems.

Auf der Grundlage der kontrastiven Analyse der Terminologie des Handelsgesetzbuches (Buch V – Seehandel) und des polnischen *Kodeks morski* lassen

sich drei grundlegende translationsstrategische Verfahren rekonstruieren. Diese Verfahren orientieren sich zudem an den Grundsätzen der juristischen Fachübersetzung (Šarčević 1997; Sandrini 1996, 1999; Mattila 2016) und berücksichtigen die funktionale Äquivalenz zwischen Ausgangs- und Zielsprache. Die folgende Typologie hat heuristischen Charakter und dient der Systematisierung der im Material erkennbaren Übersetzungsmöglichkeiten:

- 1) strukturkonservierende Strategie, bei der versucht wird, eine nominale Struktur auch in der Zielsprache beizubehalten. Diese Strategie ist jedoch im deutsch-polnischen Seehandelsrecht nur eingeschränkt anwendbar, da das Polnische deutlich geringere Möglichkeiten zur Bildung komplexer Nominalkomposita bietet;
- 2) analytische Strategie, bei der ein deutsches nominales Verdichtungsprodukt durch eine beschreibende, syntagmatische Konstruktion im Polnischen wiedergegeben werden kann. Die Strategie wird auf der Grundlage eines Vergleichs von Termini aus dem Handelsgesetzbuch und dem polnischen *Kodeks morski* rekonstruiert und erweist sich als besonders funktional, da sie erlaubt, die normative Funktion eines Terminus transparent und systemkonform abzubilden, auch wenn dabei terminologische Kürze verloren geht;
- 3) funktional-adaptive Strategie, bei der weder eine formale noch eine semantisch unmittelbare Entsprechung angestrebt wird, sondern ein Ausdruck gewählt wird, der im Zielrechtssystem dieselbe rechtliche Wirkung entfaltet. Diese Strategie ist besonders relevant bei systemgebundenen Begriffen des Seehandelsrechts, deren Bedeutungsumfang erst aus dem Zusammenspiel mehrerer Normen erschlossen werden kann.

Die Ausarbeitung eines solchen Modells ermöglicht es, die beobachteten Unterschiede zwischen der deutschen und der polnischen Rechtssprache im Bereich des Seehandelsrechts systematisch zu ordnen und vergleichend zu beschreiben. Übersetzungsentscheidungen lassen sich in diesem Rahmen als differente Realisierungen derselben normativen Inhalte verstehen, die jeweils an die strukturellen und konzeptionellen Besonderheiten der beteiligten Rechtsordnungen angepasst sind. Besonders deutlich wird dies im Kontrast zwischen stark nominal geprägten Ausdrucksweisen des deutschen Seehandelsrechts und den häufiger analytisch oder paraphrasierend formulierten Lösungen im *Kodeks morski*. Das Modell dient damit in erster Linie der Beschreibung wiederkehrender sprachlicher Muster und ihrer funktionalen Entsprechungen im deutsch-polnischen Vergleich. Zugleich bildet es einen Übergang von der terminologischen Einzelbetrachtung hin zu einer umfassenderen Analyse der sprachlichen Gestaltung rechtlicher Normen im Seehandelsrecht beider Rechtsordnungen.

Der Tabelle 3 ist zu entnehmen, dass eine direkte Übernahme der deutschen Nominalstruktur ins Polnische nur selten eine adäquate Wiedergabe der normati-

Tabelle 3: Vergleich von Nominalstrukturen im deutschen HGB und ihren funktional-analytischen Entsprechungen im polnischen *Kodeks morski*

deutsche Nominalstruktur	polnische analytische Entsprechung	funktionale Transformation	Referenz
<i>Anspruch auf Ausstellung eines Konnossements</i>	<i>obowiązek wydania konosamentu po przyjęciu ładunku</i>	Nominalisierung → Verb + Präposition + Substantivische Ergänzung	§ 513 HGB ↔ Art. 129 k.m.
<i>Übernahmekonnossement / Bordkonnossement</i>	<i>konosament przyjęcia do załadowania / konosament przyjęcia ładunku na statek</i>	Nominalisierung → Präposition + Substantivische Ergänzung	§ 514 HGB ↔ Art. 130 k.m.
<i>Inhalt und Beweiskraft des Konnossements</i>	<i>konosament jako dowód przyjęcia ładunku i dokument legitymujący</i>	Nominalstruktur → sequenzielle Darstellung (Handlung + Rechtsfolge)	§ 515 HGB ↔ Art. 131 k.m.
<i>legitimierter Besitzer des Konnossements</i>	<i>legitymowany posiadacz konosamentu uprawniony do odbioru ładunku</i>	Nominalverdichtung → funktionale Beschreibung der Rolle und Rechte	§ 519 HGB ↔ Art. 144 k.m.

ven Funktion ermöglicht. Übersetzer: innen müssen daher die jeweilige Normfunktion präzise erkennen, einschließlich der Pflichten, Rechte, Bedingungen sowie des zeitlichen Bezugs. Die Analyse erfolgt nach einem kontrastiven Prinzip: Deutsche Nominalisierungen werden hinsichtlich ihrer funktionalen Entsprechungen im Polnischen betrachtet und systematisch unter die Lupe genommen, attributive Merkmale werden in Präpositionen und substantivische Ergänzungen aufgelöst, und die kompakte Darstellung der Norm wird als sequenzielle Abfolge von Handlung, Bedingung und Rechtsfolge rekonstruiert. Dieses Modell dient als Referenzrahmen zur Bestimmung funktionaler Äquivalenz im Seehandelsrecht, ohne normative Bewertungen zu implizieren.

4. Funktionale Äquivalenz und Übersetzungsrisiken im deutsch-polnischen Seehandelsrecht

Die in Kapitel 3 analysierten terminologischen und strukturellen Divergenzen zwischen dem Seehandelsrecht des HGB und dem *Kodeks morski* sind nicht lediglich sprachsystematisch zu erklären, sondern entfalten unmittelbare normative Relevanz für die juristische Übersetzung. Dies gilt insbesondere für Normbereiche, in denen rechtliche Wirkungen implizit durch lexikalische Verdichtung

kodiert werden, wie etwa bei der Ausstellung und Wirkung des Konnossements (§§ 513-519 HGB) oder bei der Haftungsbegrenzung des Reeders (§§ 611-617 HGB). Die Übersetzung solcher Normen entscheidet nicht nur über terminologische Angemessenheit, sondern über die korrekte Rekonstruktion rechtlicher Wirkungen im Zielrechtssystem.

Vor diesem Hintergrund ist die Übersetzung seehandelsrechtlicher Texte zwischen dem Deutschen und dem Polnischen als ein Vorgang funktionaler Rekodierung zu verstehen, bei dem die im Ausgangstext konkludent enthaltenen normativen Informationen identifiziert und in eine systemkonforme Zielstruktur überführt werden müssen. Die folgenden Unterkapitel analysieren zentrale Risikobereiche dieser Rekodierung und zeigen auf, warum formale Äquivalenz im deutsch-polnischen Seehandelsrecht regelmäßig hinter der funktionalen Äquivalenz zurücktreten muss.

4.1. Theoretische Grundlagen: Formale und funktionale Äquivalenz

Die Gegenüberstellung des deutschen und des polnischen Seehandelsrechts verdeutlicht, dass formale Äquivalenz – verstanden als lexikalische oder strukturelle Entsprechung (Nida 1964: 159) – nur eingeschränkt geeignet ist, normativ gleichwertige Übersetzungen zu gewährleisten. Zahlreiche zentrale Termini des HGB fungieren als Träger komplexer Rechtswirkungen, ohne diese explizit zu entfalten. So regelt § 513 Abs. 1 HGB den Anspruch des Abladers auf Ausstellung eines Konnossements, ohne die daraus folgende Legitimations- und Beweisfunktion des Dokuments ausdrücklich zu benennen; diese wird erst systematisch in den §§ 515 und 519 HGB deutlich. *Kodeks morski* verfolgt demgegenüber eine explizitierende Normtechnik: Die Verpflichtung zur Ausstellung des Konnossements wird ausdrücklich normiert (poln. *przewoźnik obowiazany jest wydać konosament* – Art. 129 § 1 k.m.), während dessen Beweisfunktion (Art. 131 § 1 k.m.) und Legitimationswirkung (Art. 131 § 2 k.m.) jeweils einer eigenständigen Regelung unterworfen werden. Eine formale Übersetzung deutscher Nominalstrukturen würde diese normative Entfaltung im Polnischen verkürzen und damit den funktionalen Gehalt der Norm verändern.

Funktionale Äquivalenz erfordert daher eine Übersetzungsstrategie, die sich nicht an der formalen Textfassung einzelner Termini orientiert, sondern an deren normativer Wirkung im jeweiligen Rechtssystem. Maßgeblich ist nicht, wie eine Rechtsfolge sprachlich kodiert ist, sondern welche rechtliche Funktion sie erfüllt.

4.2. Übersetzungsprinzipien und funktionale Rekodierung normativer Strukturen

Die Übersetzung seehandelsrechtlicher Normen zwischen dem Deutschen und dem Polnischen darf keineswegs als lineare Substitution sprachlicher Einheiten verstanden werden. Vielmehr handelt es sich um einen mehrstufigen Prozess, bei dem zunächst die normative Funktion einer Struktur im Ausgangssystem identifiziert und anschließend eine zielsprachliche Form gewählt wird, die diese Funktion im Zielsystem adäquat wiedergibt.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen nominal verdichtete Normen des HGB, deren semantische Komponenten häufig in einem einzigen Lexem gebündelt sind. Um ihre rechtliche Wirkung im Polnischen zu reproduzieren, müssen diese Strukturen analytisch aufgeschlüsselt und in syntaktisch transparente, funktional äquivalente Formen übertragen werden.

Die funktionale Rekodierung dieser normativen Strukturen stellt sicher, dass die Übersetzung nicht nur sprachlich korrekt, sondern auch normativ wirksam ist. Sie bildet die Grundlage für die Sicherstellung von Rechtsklarheit und -wirkung, insbesondere in einem durch internationale Anwendbarkeit, Dokumentenverkehr und hohe Anforderungen an Rechtssicherheit geprägten Seehandelsrecht.

4.3. Praktische Risikobereiche im Seehandelsrecht

Aufbauend auf den im vorherigen Abschnitt erläuterten Übersetzungsprinzipien werden die zentralen praktischen Risikobereiche im deutsch-polnischen Seehandelsrecht analysiert. Im Fokus stehen normativ relevante Zeitpunkte, der Übergang der Gefahr sowie die rechtlichen Rollen der beteiligten Akteure, einschließlich Haftung und Haftungsbegrenzung. Hier ist die exakte Wiedergabe terminologischer Strukturen entscheidend für die korrekte Rechtswirkung im Zielsystem. Besonders problematisch sind nominal verdichtete Normen des HGB, etwa zu Wirkung des Konnossements (§§ 515, 519 HGB), Risikoübergang (§ 475 HGB) oder Haftungsbegrenzung (§§ 611 ff. HGB), die im Polnischen in analytische, syntaktisch transparente Strukturen überführt werden müssen, wie sie im *Kodeks morski* (Art. 129-131, Art. 137, Art. 207-211 k.m.) vorgesehen sind.

Die Analyse dieser praktischen Problemfelder macht deutlich, dass präzise Übersetzungsentscheidungen und funktional orientierte Strategien notwendig sind, um die Rechtswirkung der Ausgangsnormen zu wahren und die Anforderungen des international anwendbaren Seehandelsrechts zu erfüllen.

4.3.1. Normativ relevante Zeitpunkte und der Übergang der Gefahr

Ein besonders sensibler Bereich funktionaler Rekodierung betrifft normativ relevante Zeitpunkte. Das deutsche Seehandelsrecht verbindet den Übergang der Gefahr beim Seefrachtvertrag mit der Ablieferung des Gutes (§ 475 HGB), ohne diesen Zeitpunkt sprachlich weiter zu präzisieren. Die normative Wirkung – der Übergang des Risikos vom Verfrachter auf den Empfänger – ist lexikalisch impliziert und setzt eine systematische Auslegung voraus. Im *Kodeks morski* wird dieselbe Rechtsfolge explizit temporalisiert formuliert. Nach Art. 137 k.m. geht die Gefahr *z chwilą wydania ładunku* ‘mit der Ablieferung der Ladung’ über, womit der Zeitpunkt des Eintritts der Rechtswirkung eindeutig festgelegt wird. Diese explizite Zeitmarkierung ist integraler Bestandteil der Norm und kann in der Übersetzung nicht ausgelassen oder abgeschwächt werden. Eine wortgetreue Übertragung der deutschen Formulierung (*przy wydaniu*) würde den normativen Charakter des Zeitpunktes relativieren und könnte den Eindruck eines zeitlich ausgedehnten Vorgangs erwecken. Die funktional adäquate Übersetzung verlangt daher eine gezielte Explikation des Zeitpunktes, auch wenn diese Information im Ausgangstext nur implizit vorhanden ist. Übersetzung fungiert hier als normativer Präzisierungsmechanismus.

4.3.2. Rechtliche Rollen zwischen lexikalischer Verdichtung und normativer Beschreibung

Ein zentrales Übersetzungsrisiko im deutsch-polnischen Seehandelsrecht ergibt sich aus der unterschiedlichen Kodierung rechtlicher Rollen. Während das deutsche Recht solche Rollen häufig durch kompakte nominale Strukturen erfasst, werden sie im polnischen Recht systematisch als normativ definierte Berechtigungspositionen formuliert. Diese Divergenz wird besonders deutlich im Zusammenhang mit dem Konnossement. Das HGB vermeidet bewusst eine substantivische Rollenbezeichnung wie *Konnossementinhaber* und stellt die aus dem Konnossement folgenden Rechte ausdrücklich unter den Schutz der Legitimation durch den Besitz des Dokuments (§ 519 Abs. 1 HGB). Der *legitimierte Besitzer des Konnossements* ist berechtigt, die Ablieferung des Gutes zu verlangen (§ 519 Abs. 1 HGB). Die rechtliche Rolle wird somit nicht durch eine abstrakte Inhaberschaft, sondern durch eine qualifizierte Besitzposition definiert, die ihre normative Wirkung aus der Legitimationsfunktion des Konnossements als Traditions- und Wertpapier entfaltet.² Im *Kodeks morski* wird die Berechtigungsposition aus dem Konnossement nicht über eine Person oder

² Auffällig ist, dass das HGB bewusst auf eine abstrakte Rollenbezeichnung wie *Konnossementinhaber* verzichtet. Stattdessen knüpft § 519 Abs. 1 HGB die aus dem Konnossement folgenden Rechte ausdrücklich an die Legitimation durch den Besitz des Dokuments. Diese terminologische Zurückhaltung ist dogmatisch bedeutsam, da sie verhindert, dass die Berechtigungsposition vom Legitimationsmechanismus des Konnossements als Traditions-

den Besitzbezeichnung (poln. *posiadanie*) kodiert, sondern funktional durch das Dokument und die Indossamente definiert. Art. 131 § 2 k.m. regelt die Übertragung der Rechte aus dem Konnossement, wobei die maßgebliche Rolle durch die aus dem Dokument folgenden Anspruchsrechte bestimmt wird. Die polnische Regelung verzichtet damit bewusst auf eine terminologische Anknüpfung an den Besitz und unterstreicht die funktionale, normative Bestimmung der Berechtigungsposition. Für die Übersetzung ergibt sich daraus eine erhebliche Konsequenz: Eine formale Übertragung der deutschen Besitzterminologie in eine polnische Besitzbezeichnung (poln. *posiadacz konosamentu*) würde eine sachenrechtliche Konnotation aktivieren, die weder dem Regelungszweck des § 519 HGB noch der systematischen Auslegung des *Kodeks morski* entspricht. Die funktional adäquate Übersetzung erfordert vielmehr eine Rekonstruktion der normativen Rolle als Berechtigungsposition, unabhängig von der sprachlichen Kodierung im Ausgangstext. Diese Problematik ist nicht auf das Konnossement beschränkt, sondern betrifft auch weitere Akteursbezeichnungen des Seehandelsrechts. Termini wie *Verfrachter* (§ 476 HGB) oder *Reeder* (§ 484 HGB) sind im deutschen Recht systematisch eindeutig verankert, während ihre polnischen Entsprechungen regelmäßig nur im Kontext konkreter normativer Pflichten definiert werden, etwa durch die Stellung von *przewoźnik* (Art. 117 k.m.) oder des *armator* (Art. 73 k.m.). Auch hier kann eine rein lexikalische Entsprechung zu einer stillschweigenden Verschiebung der rechtlichen Qualifikation führen.

4.3.3. Haftung und Haftungsbegrenzung als terminologischer Hochrisikobereich

Besonders hohe Anforderungen an die funktionale Äquivalenz bestehen im Bereich der Haftung. Das deutsche Seehandelsrecht kennt detaillierte Regelungen zur Haftungsbegrenzung des Reeders (§§ 611-617 HGB), die sich auf den Umfang der Haftung beziehen, nicht jedoch auf deren rechtliche Natur. Der Terminus Haftungsbeschränkung bezeichnet somit keine beschränkte Haftungsform, sondern eine quantitative Begrenzung der Ersatzpflicht.

Das *Kodeks morski* übernimmt dieses Konzept systematisch, formuliert es jedoch terminologisch explizit als *ograniczenie odpowiedzialności* (Art. 207-210 k.m.). Eine Übersetzung als *ograniczona odpowiedzialność* wäre systemwidrig, da sie Assoziationen zum Gesellschaftsrecht und zur Haftung juristischer Personen hervorrufen würde. Gleiches gilt für den Haftungsbeschränkungsfonds (§ 612 HGB), der funktional dem *fundusz ograniczenia odpowiedzialności* nach Art. 211 k.m. entspricht.

und Wertpapier abgelöst wird. Die rechtliche Stellung wird somit nicht personalisiert, sondern funktional über die Dokumentenlegitimation definiert.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass terminologische Ungenauigkeiten im Haftungsrecht nicht nur dogmatische Fehlinterpretationen, sondern auch erhebliche finanzielle Konsequenzen nach sich ziehen könnten. Die funktionale Rekodierung ist hier zwingende Voraussetzung für Rechtssicherheit.

5. Schlussfolgerungen und Forschungsperspektiven

Die vorliegende Analyse hat gezeigt, dass die Übersetzung des Seehandelsrechts zwischen Deutsch und Polnisch weit über die rein lexikalische Übertragung hinausgeht. Wie bereits dargelegt, ist die bewusste Vermeidung des Terminus *Konnossementinhaber* im Handelsgesetzbuch dogmatisch bedeutsam: Die normative Rolle des Besitzers eines Konnossements wird funktional über die Dokumentenlegitimation definiert, nicht über eine personalisierte Inhaberschaft. In der polnischen Regelung im *Kodeks morski* werden die Rechte aus dem Konnossement ebenfalls funktional über Besitz und Indossamente kodiert, ohne dass ein terminologisches Pendant wie *osoba uprawniona z konosamentu* verwendet wird. Dies illustriert die zentrale methodologische Lektion: Übersetzer:innen müssen die zugrunde liegende normative Struktur rekonstruieren, anstatt sich auf eine scheinbar Eins-zu-eins-Entsprechung lexikalischer Termini zu verlassen.

Darüber hinaus beweist die Analyse der Satzstrukturen und der sprachlichen Konzepte im Seehandelsrecht, dass deutsche kompakte Nominalstrukturen oft in polnischen normativ definierten Berechtigungspositionen aufgehen. Eine rein lexikalische Übersetzung kann hier ungewollt sachenrechtliche Konnotationen aktivieren, die weder dem Regelungszweck des HGB noch der Systematik von *Kodeks morski* entsprechen. Dies betrifft nicht nur das *Konnossement*, sondern auch weitere Rollenbezeichnungen wie *Verfrachter* (§ 476 HGB) oder *Reeder* (§ 484 HGB), deren polnische Entsprechungen regelmäßig im Kontext normativer Pflichten definiert sind (*przewoźnik*, Art. 117 k.m.; *armator*, Art. 73 k.m.).

Für die Rechtsübersetzungswissenschaft ergibt sich daraus ein doppeltes Erkenntnisinteresse: Einerseits ist eine dogmatisch fundierte Analyse der Ausgangs- und Zielrechtsordnungen unabdingbar, um funktional äquivalente Termini rekonstruieren zu können. Andererseits wird die Übersetzungspraxis selbst zu einem epistemischen Instrument, das die normative Logik und die semantische Struktur des Rechts sichtbar macht. Die enge Verzahnung von theoretischer Analyse, dogmatischer Sensibilisierung und praktischer Übersetzungspraxis stellt somit ein paradigmatisches Vorgehen dar, das auch über das Seehandelsrecht hinaus relevant ist.

Zukünftige Forschungen könnten auf der Grundlage dieser explorativen Studie systematisch untersuchen, wie sich unterschiedliche Kodierungen rechtlicher Rollen in weiteren Rechtsbereichen auf die Übersetzbarkeit auswirken. Besonders interessant wären Felder mit stark formalisierten Traditions- und Wertpa-

pierrechten, in denen die Verbindung zwischen Dokumentenlegitimation und normativer Berechtigungsposition zentrale Übersetzungsherausforderungen birgt. Durch einen vergleichenden Ansatz, der kontinentaleuropäische und Common-Law-Systeme einbezieht, ließen sich wiederkehrende Probleme und Muster im Umgang mit rechtlich kodifizierten Rollen identifizieren und in übergreifende Übersetzungsstrategien überführen.

Ein weiteres vielversprechendes Forschungsfeld liegt in der methodischen Entwicklung von Leitlinien zur Rekonstruktion normativer Rollen in Übersetzungen, die systematisch die semantische, syntaktische und dogmatische Dimension berücksichtigen und zugleich praktische Handlungsempfehlungen für Übersetzer:innen bieten. Empirische Ansätze, wie Corpus-Analysen von Originaltexten und Übersetzungen, Fallstudien zu konkreten Kontrakten oder Experteninterviews, würden die theoretischen Überlegungen validieren und konkrete Lösungen aufzeigen.

Darüber hinaus eröffnet die systematische Erforschung von Satzstrukturen, sprachlichen Konzepten und ihrer Interaktion mit normativen Funktionen die Möglichkeit, die Übersetzbarkeit komplexer Rechtstermini noch feiner zu erfassen. Die Ergebnisse könnten nicht nur die Ausbildung von Übersetzer:innen und juristischen Fachkräften bereichern, sondern auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Rechtsvergleichung, Linguistik und Übersetzungswissenschaft stärken.

Schließlich verdeutlicht die vorliegende Pilotstudie, dass eine enge Verzahnung von theoretischer Analyse, dogmatischer Sensibilisierung und praktischer Übersetzungspraxis neue Perspektiven für die Rechtsübersetzungswissenschaft erschafft. Sie zeigt, dass selbst begrenzte Fallstudien wertvolle Impulse für ein umfassenderes Forschungsprogramm liefern können, das theoretische Tiefe, normative Präzision und praktische Anwendbarkeit miteinander verbindet. Zukunftsweisend wäre die Fortsetzung solcher Untersuchungen in größerem Ausmaß, um robuste methodische Standards zu etablieren und die systematische Erforschung der Übersetzbarkeit normativer Rollen im internationalen Recht weiter voranzutreiben.

Quellen

Fünftes Buch Seehandel, Handelsgesetzbuch, <https://www.gesetze-im-internet.de/hgb/BJNR002190897.html#BJNR002190897BJNG035503377>.

Kodeks morski z dnia 18. września 2001 r., Dz. U. 2001 Nr 138, poz. 1545, <https://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU20011381545/U/D20011545Lj.pdf>.

Literaturverzeichnis

- Bühler, K. 1965. *Sprachtheorie: Die Darstellungsfunktion der Sprache*. Jena: Gustav Fischer.
- Cassirer, E. 2003. Język i budowa świata przedmiotowego. In G. Godlewski (Hrsg.), *Antropologia słowa. Zagadnienia i wybór tekstów*, 68-76. Warszawa: Wydawnictwa Uniwersytetu Warszawskiego.
- European Commission Knowledge Centre for Global Food and Nutrition Security. 2025. Fisheries & Aquaculture and Food & Nutrition Security. https://knowledge4policy.ec.europa.eu/global-food-nutrition-security/fisheries-aquaculture-food-nutrition-security_en.
- FAO. 2022. The State of World Fisheries and Aquaculture 2022. Towards Blue Transformation. Rome: Food and Agriculture Organization of the United Nations. <https://openknowledge.fao.org/server/api/core/bitstreams/a2090042-8cda-4f35-9881-16f6302ce757/content>.
- Handelsgesetzbuch (HGB) vom 10. Mai 1897, insbesondere Buch V – Seehandel. https://de.wikisource.org/wiki/Handelsgesetzbuch._Erstes_Buch._Handelsstand#.
- Humboldt, W. von. 1836. *Über die Verschiedenheit des menschlichen Sprachbaues und ihren Einfluss auf die geistige Entwicklung des Menschengeschlechts*. Berlin: Königliche Akademie der Wissenschaften.
- Lévi-Strauss, C. 2003. Kultura i język. In G. Godlewski (Hrsg.), *Antropologia słowa. Zagadnienia i wybór tekstów*, 21-24. Warszawa: Wydawnictwa Uniwersytetu Warszawskiego.
- Mattila, H.E.S. 2016. *Comparative Legal Linguistics. Language of Law, Latin and Modern Lingua Francas*. New York: Routledge.
- Nida, E.A. 1964. *Toward a Science of Translating. With Special Reference to Principles and Procedures Involved in Bible Translating*. Leiden: Brill.
- Ortega y Gasset, J. 2003. Mówienie jako zwyczaj społeczny. In G. Godlewski (Hrsg.), *Antropologia słowa. Zagadnienia i wybór tekstów*, 169-171. Warszawa: Wydawnictwa Uniwersytetu Warszawskiego.
- Owsiński, P.A., A. Paluch 2020. Zum sprachlichen Weltbild in ausgewählten Begriffen aus dem Bereich des Erbrechts in der deutschen und polnischen Sprache. *Colloquia Germanica Stetinensia* 29: 255-276.
- Owsiński, P.A., A. Paluch 2022a. (Un)Übersetzbarkeit der ausgewählten deutschen und polnischen Begriffe aus dem Bereich des Strafrechts unter Einbeziehung des sprachlichen Weltbildes. *Osteuropa Recht. Ukraine: Recht unter Kriegsbedingungen* 68 (4): 522-532.
- Owsiński, P.A., A. Paluch 2022b. Językowy obraz świata w tłumaczeniu wybranych pojęć z zakresu prawa karnego w języku polskim i niemieckim. In E. Kujawska-Lis, A. Krawczyk-Łaskarzewska und O. Letka-Spychała (Hrsg.), *Komunikacja międzykulturowa w świetle współczesnej translatologii* 9, 207-218. Olsztyn: Wydawnictwo Uniwersytetu Warmińsko-Mazurskiego.

- Paluch, A., P.A. Owsinski 2020. O (nie)poprawności terminologii prawa spadkowego w polskim i niemieckim języku prawnym na przykładzie wybranych pojęć. *Przegląd Prawniczy Allerhanda* 3 – nr 1 (5), poz. 4: 37-52.
- Sacco, R. 1995. Mute Law. *The American Journal of Comparative Law* 43: 455-467.
- Sandrini, P. 1996. *Terminologiarbeit im Recht. Deskriptiver begriffsorientierter Ansatz vom Standpunkt des Übersetzers*. Vienna: Internationale Network für Terminology.
- Sandrini, P. 1999. Translation zwischen Kultur und Kommunikation: Der Sonderfall Recht. In P. Sandrini (Hrsg.), *Übersetzen von Rechtstexten. Fachkommunikation im Spannungsfeld zwischen Rechtsordnung und Sprache*, 9-43. Tübingen: Gunter Narr Verlag.
- Sapir, E. 2003. Język – przewodnik po kulturze. In G. Godlewski (Hrsg.), *Antropologia słowa. Zagadnienia i wybór tekstów*, 77-82. Warszawa: Wydawnictwa Uniwersytetu Warszawskiego.
- Šarčević, S. 1997. *New Approach to Legal Translation*. The Hague – London – Boston: Kluwer Law International.
- Trautmann-Voigt, S., B. Voigt 2012. *Grammatik der Körpersprache. Ein integratives Lehr- und Arbeitsbuch zum Embodiment*. Stuttgart: Schattauer.